Hartwig Brandt

Adel und Konstitutionalismus Stationen eines Konflikts

„Wenn ... bedeutende politische Leistungen nur erwartet werden können von Männern, welche die Politik zu ihrem Lebensberufe gemacht haben, ... so ergibt sich daraus von selber, wie unerlässlich jedem Volke die Beihülfe des Adels ist ... (denn) der Bürger ist geschaffen zur Arbeit, aber nicht zur Herrschaft. In jedem monarchischen Staate ist der Adel der eigentlich politische Stand.“ So lesen wir in Hermann Baumgartens Bekenntnisschrift „Der deutsche Liberalismus“ aus dem Spätjahr 1866¹. „Es gibt eine Gemeinsamkeit zwischen dem proletarisch-sozialistischen Denken und dem aristokratischen, nämlich die Front gegen das Bürgertum, gegen die Bürgerlichkeit ... Die eigentliche Gegenwelt war die bürgerliche Welt, aus der man rückwärts Richtung Mittelalter und verschworene Gemeinschaft aristokratisch zurückging und in die sozialistische Zukunft hinein.“ So sagte Walter Dirks 1984 im Rückblick auf die Nachkriegsjahre². Sternenweit liegen beide Zitate auseinander, und doch verbindet sie ein Affekt in bürgerlichen Krisen-, wenn nicht Katastrophenzeiten. Nächstenhaß aus Fernstenliebe wohl auch, denn der Adel selbst erscheint in solchen Bekundungen nicht als politische Kraft, sondern als gedankliche Chimäre. „Die individualistische Masse ist demokratisch, das Volk ist aristokratisch“, notiert Thomas Mann 1918³. Auch dies ein Hilferuf in bürgerlichen Umbruchzeiten, der den Adel zum Zeugen des Besseren heraufruft. Der Adel als nostalgische Projektion – dies ist wohl die letzte Stufe seiner Wirksamkeit in der europäischen Geschichte – nach der militärischen, nach der politischen, nach der ökonomischen, nach der sozialkulturellen Dominanz.

¹ Historische und politische Aufsätze und Reden, mit einer biographischen Einleitung von *Erich Marcks* (Straßburg 1894) 99, 96, 95.

² *Wolfgang Matthias Schwiedrzik*, Träume der ersten Stunde. Die Gesellschaft Imshausen (Berlin 1991) 226.

³ Betrachtungen eines Unpolitischen, Gesammelte Werke, Frankfurter Ausgabe, Bd. 11 (Frankfurt am Main 1983) 248.

I.

Im Jahr 1807 erschien, in Berlin und Leipzig verlegt, eine Schrift, die über einen konventionellen Gegenstand handelte und der doch sogleich bescheinigt wurde, sie habe „Sensation gemacht“ und „Consternation“ hervorgerufen. Verfasser des Buches war der preußische Publizist Friedrich Buchholz, und sein Titel lautete „Untersuchungen über den Geburtsadel und die Möglichkeit seiner Fortdauer im neunzehnten Jahrhundert“⁴. Im Winter 1808/9 hielt ein junger Literat in Dresden vor einem intellektuell durchwirkten, diplomatisch-politischen Publikum Vorträge über das „Ganze der Staatswissenschaft“. Die Wirkung der Vorträge, so berichten Augenzeugen, sei beträchtlich gewesen. Der Redner, Preuße gleichfalls und Berliner wie Buchholz, aber inzwischen herzoglich weimarischer Hofrat, war Adam Müller. 1809 erschienen die 36 „öffentlichen Vorlesungen“ unter dem Titel „Die Elemente der Staatskunst“ in Buchform⁵.

Es sprechen manche Indizien dafür, daß beide literarischen Ereignisse in einem engen Zusammenhang stehen. Müller hat das Buchholzsche Werk nicht nur gekannt und sich emphatisch, wie es in der ersten Vorlesung heißt, gegen „die Weisheit der Buchholze und der verschiedenen Staatsrathgeber in Deutschland“ gewandt⁶. Er hat das Werk, wie vielleicht auch andere Schriften, den „Neuen Leviathan“ von 1804 ganz gewiß, als einen literarischen Vorwurf betrachtet, gegen den er selbst seine rückwärts gewandte Utopie konstruierte⁷. Es ist dies die Geburtsstunde des Konservatismus in Deutschland geworden.

Das Thema „Adel“, die konstitutionellen und sozialen Fragen, die sich mit ihm verbanden, zählte nicht zu den vernachlässigten der Epoche. 800 Texte über das Sujet Revolution hat Jörn Garber ausgemacht, darunter zur Adelsfrage im engeren Sinne fast ein volles 100⁸. Aber gerade wenn wir die Masse des Konventionellen, des sich topologisch Wiederholenden in Augenschein nehmen, tritt das gedanklich und methodisch Neue der Kontroverse Buchholz–Müller zutage. Freilich auch die Besonderheit

⁴ Zitiert nach *Rütger Schäfer*, dem akribischen Biographen von Buchholz' *Œuvre* (Friedrich Buchholz – ein vergessener Vorläufer der Soziologie, Bd. 1, Göttingen 1972, 55, 74 f.); Bibliographische Daten zu den „Untersuchungen“ ebd., Bd. 2, 55 f.

⁵ *Jakob Baxa*, Adam Müller. Ein Lebensbild aus den Befreiungskriegen und aus der deutschen Restauration (Jena 1930) 108 u. ö. Im folgenden zitiert: *Baxa*, Müller.

⁶ Die Elemente der Staatskunst. Öffentliche Vorlesungen vor Sr. Durchlaucht dem Prinzen Bernhard von Sachsen-Weimar und einer Versammlung von Staatsmännern und Diplomaten im Winter von 1808 auf 1809, zu Dresden gehalten, 1. Th. (Ausgabe „Die Herdflamme“, Wien, Leipzig 1922) 15 f. Im folgenden zitiert: *Müller*, Elemente.

⁷ Daß Müllers „Elemente“ eine Frucht der Lektüre der Buchholz'schen Schriften waren, ja, daß sie dem von Buchholz importierten Saint-Simonismus Widerstand bieten sollten, hat Jörn Garber jüngst plausibel gemacht (Politische Revolution und industrielle Evolution: Reformstrategien des preußischen Saint-Simonismus [Friedrich Buchholz], in: *Otto Büsch* u. a. [Hrsg.], Preußen und die revolutionäre Herausforderung seit 1789, Berlin, New York 1991, 305 f.).

⁸ Kritik der Revolution. Theorien des deutschen Frühkonservatismus 1790–1810, Bd. 1: Dokumentation (Kronberg/Ts. 1976) IX; *ders.*, *Klaus Bleeck*, Adel und Revolution. Deutsche Adelstheorien im Zeichen der Französischen Revolution (1789–1815), in: Das achtzehnte Jahrhundert, Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für die Erforschung des achtzehnten Jahrhunderts 13 (1989) 98 ff.

der Umstände der Zeit. Denn mit der Gründung des außengesteuerten Rheinbundes und der Selbsttrettung des preußischen Reststaates durch Reformen schien die herkömmliche Symbiose von monarchischem Staat und Adelsinteresse gefährdet. Ja, ihr Ende war abzusehen.

In allen Phasen war die Ausbildung des neuzeitlichen Verwaltungsstaates mit einer Bedeutungsminderung des Adels verbunden gewesen. Zunächst militärisch, als das Lehnsaufgebot technisch-praktisch obsolet geworden, später, im 17. Jahrhundert, politisch, als die Landesherren oder doch die findigeren und potenteren unter ihnen sich von ständischer Kontrolle und Mitregierung befreiten. Immer aber hatte es soziale Kompensationen für politische Verluste gegeben. In Brandenburg-Preußen, nehmen wir das hervorstechende Beispiel, zumal, wo Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, den Ständen zuerst ihre Rechte bestätigte und sie ihnen dann in einer Folge von Staatsstreichen wieder entwand, die Geheimratsverwaltung durch den „commissarius“ revolutionierend. War so die Administration in straffe Disziplin genommen, dem Militär die Eintreibung der Steuern und darüber hinaus die Wirtschaftsstrukturpolitik in die Hände gegeben, so kam es zwischen Staatsspitze und Adel zu jenem Ausgleich, der die Gutsbauern endgültig zu Sklaven herabdrückte, den Herren auch noch die Kreisgewalt überließ und die von der Staatsmacht Entfernten mit leitenden Stellen in der Armee und am Hofe entschädigte.

Auch der aufgeklärte Absolutismus hat dieses Bündnis nicht gesprengt. Zwar konstruierten die Autoren des „Allgemeinen Landrechts“ eine hypothetische Staatsbürgerschaft, zwar verpflichteten sie den Herrscher auf einen vertragsrechtlich modernisierten „Fürstenspiegel“. Aber durch den abstrakten Bürger schien doch der konkrete, der durch den Stand definierte Untertan hindurch. Der gedankliche Überbau fand seine Basis im Herkommen, im Recht der Verschiedenheit und der Ungleichheit, im Recht des Adels, des Städters, des Bauern. Selbst der staatlich garantierte Eigentumschutz gedieh zur Schutzwehr adliger Privilegien. Wir kennen ähnliches aus der Rheinbundzeit. Das Zensuswahlrecht im Königreich Westfalen wurde zu einer Beute derer, die sich dem Fortschritt entgegensetzten.

Dies nun ist der historische Prospekt, vor dem sich der Adel von 1806, 1807, 1808 in nie gekannter Bedrängnis befand, vor dem die Liquidation seiner Rechte als Revolution erschien. Seit der Absolutismus napoleonisch und das hieß zuvörderst bürokratisch geworden, waren die Hoffnungen auf Erneuerung der Symbiose gering. Aber der Vorsatz Hardenbergs, die Französische Revolution in dem, was sich als konstruktiv erwiesen habe, zu beerben (und Napoleon mit ihren Waffen zu schlagen), ging noch ein Stück darüber hinaus. Die Verfassungsrevolution des 17. Jahrhunderts – er beruft sich auf den Großen Kurfürsten (und nicht seine Nachfolger!) als Ahnherrn – habe Preußen selbst ins Werk gesetzt, die des ausgehenden 18. Jahrhunderts sei von Frankreich ausgegangen, aber Preußen werde sie sich zunutze machen. Ein Bund, „ähnlich dem der Jakobiner“, sei vonnöten; die „Opinion“ für sich einzunehmen sei wichtig. Altenstein, wie anderswo auch hier um einiges voraus: „Die Hauptmänner der Literaten müßte man für Preußens Interesse gewinnen ... Sie ergreifen nach und nach die Meinung unwiderstehlich.“ Verwaltung und Intelligenz zusammenzuführen – gegen die Mächte der Tradition: Dies ist der Leitfaden der „Rigaer Denkschrift“. Dies wohl auch

der Sinn der Formel von den „demokratische(n) Grundsätze(n) in einer monarchischen Regierung“. Mitwirkung der Wissenden im Dienst am rationalen Fortschritt, aber nicht die „reine Demokratie“, nicht die Souveränität des Volkes⁹.

Einer, der an dieser Unternehmung, wiewohl für kurze Zeit, mitwirkte, war Friedrich Buchholz. In seinen Schriften deutete er den Beitrag, den er leisten wollte, soziologisch, wie er denn überhaupt unter die Väter dieses Faches in Deutschland zu zählen ist. „Wo alle Partikularherrschaft über Menschen aufhörte und der ärmste Bauer eben so gut unumschränkter Herr auf seinem Grund und Boden wurde, als der größte Gutsbesitzer“¹⁰, da habe der Adel als privilegierter Stand seine Existenz verwirkt. Als Agrarunternehmer reihe er sich ein unter die Produzenten, damit er durch „eigene Industrie“ sich behaupte. In dem Maße, wie sich der absolute Staat um das Komplement einer liberalen Wirtschaftsordnung ergänze, sei der Feudalismus als soziale Kraft erledigt.

Man muß die Selbstgewißheit solchen im Saint-Simonismus ruhenden Zeitgeistes verspüren, um das Waghalsige der Gegenposition zu ermessen. Nur durch eine Utopie des Adlig-Altständischen, die vermeintlich der Geschichte entliehen, aber in dieser niemals Bestand gehabt, glaubte Adam Müller – verstehen wir ihn recht – einer übermächtigen Zeitströmung widerstehen zu können. „Der Adel“, so lesen wir, „ist die erste und einzig nothwendige staatsrechtliche Institution im Staate; er repräsentirt, den einzelnen Menschen und ihrer augenblicklichen Macht gegenüber, die Macht der Freiheit der unsichtbaren und abwesenden Glieder der bürgerlichen Gesellschaft ... Alle übrigen Repräsentationen der *volonté de tous*, des *interêt de tous* und der *liberté de tous* sind von untergeordneter Wichtigkeit.“ Ein anverwandelter, ins Konservative gewendeter Rousseau sozusagen. Eine „göttliche Institution“ sei der Adel, heißt es an anderer Stelle, das „erste Mobil des wahren Staatsrechtes“¹¹. Freilich hätten zeitgenössische Vertreter ihres Standes dessen Kapital, dessen Essenz auch leichtfertig aufgebraucht, ja verspielt. „Die einzelnen Massen, welche in der Französischen Revolution gegen einander reagirten, waren beide gleich-verderbt und gleich-leblos: alle waren darin gleich, daß sie das Leben in todtten Besitzthümern suchten. Die, welche den Feudalismus oder die Ungleichheit vertheidigten, stützten sich auf ein Recht, welches unter ihren Händen zu einem todtten Rechte wurde. Die, welche den Feudalismus angriffen, und die Gleichheit begehrten, verlangten todttes Recht und lebloses Besitzthum – nichts weiter.“¹² So habe der Adel schon verspielt, wo er das „idealische Wesen“ von „Tradition, Sitte, Gewohnheit, Gesetz und Religion“¹³, die mittelalterliche Mitgift, geringgeschätzt und Herrschaft gegen ein „Bündel sächlicher Privilegien“¹⁴ eingetauscht. Solche Überhöhung des Gegenstandes ging über die bloße Advokatur

⁹ Georg Winter (Hrsg.), Die Reorganisation des Preußischen Staates unter Stein und Hardenberg, 1. T.: Allgemeine Verwaltungs- und Behördenreform, Bd. I: Vom Beginn des Kampfes gegen die Kabinettsregierung bis zum Wiedereintritt des Ministers vom Stein (Leipzig 1931) 302 ff.

¹⁰ Hermes oder über die Natur der Gesellschaft mit Blicken in die Zukunft (Tübingen 1810) 121.

¹¹ Müller, Elemente, 187 f., 183.

¹² Ebd., 265.

¹³ Ebd., 266.

¹⁴ Ebd., 186.

des Bestehenden hinaus – oder gab ihr doch eine neue, eine ideologische Qualität. Nicht im Widerspruch dazu steht, daß Müller wenig später publizistisch für die Marwitzsche Fronde tätig wurde. Im Gegenteil: Theorie im Dienste bedrohter Tradition, bedrohten materiellen Interesses: Dies war eine neue, eine hochmoderne Verbindung. Müller ein Ideologe des Konservativen also, der Hardenberg als den Verderber Preußens erkannt glaubte: „Keine Nation ohne die alten Provinzen! Keine Nation ohne den alten Adel!“ So in einem Brief vom 21. Februar 1811 – eine Zurüstung für die einberufene Notabelnversammlung¹⁵. „Aus dem ernstesten Unternehmen, Idee mit Idee und geistige Dinge mit geistigen Waffen bekämpfen zu wollen, gingen wahrhaft politische Parteien und ein wirklich politisches Leben hervor.“ So hat Fontane den Konflikt im zweiten Band seiner „Wanderungen“ beschrieben¹⁶.

II.

Erschien der adlig-ständische Konstitutionalismus im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts als eine versinkende Macht, dem sich wirtschaftsliberal einfärbenden aufgeklärten Staat in Gegnerschaft unterlegen, so war die Partie in der Epoche Wien–Wartburg–Karlsbad wieder offen. Die Katastrophe des napoleonischen Frankreich überlagerte den Konflikt von Staatsliberalismus und Ständeordnung, der soeben noch in aller Schärfe hervorgetreten war. Im Zeichen außenpolitischer Befreiung wurde die konstitutionelle Freiheit ubiquitär. Gegen den zeitpolitisch obsoleten Napoleonismus gehalten, strebten sie alle nach der Libertät: die altständischen Restaurateure wie die modernen Konstitutionellen, die neuständischen Verfassungskünstler wie die studentischen Radikalen. Nicht zuletzt der Adel hat aus dieser Gemengelage des Politischen seinen Nutzen gezogen. Er hoffte auf die neue Bundesverfassung, die nach seinem Willen als reformierte Reichsverfassung figurieren sollte. Und er setzte auf die ständische Restauration in den Einzelstaaten. Verkleidet in die Popularbegriffe Konstitution und Nation, bewegte sich der Rückschritt auf der Höhe der Zeit.

Schon im Frühjahr 1814 hatte eine Konferenz der Mediatisierten einen Beauftragten ins Hauptquartier nach Chaumont entsandt. Später war es der Freiherr vom Stein, in dem sie einen Fürsprecher, über Strecken einen Agitator ihrer Interessen fanden. Noch bis in die Anfänge des Wiener Kongresses war, bei aller Verstiegtheit des Gedankens, die Stoßkraft ihrer Bestrebungen zu spüren. Namentlich in den Entwürfen des Jahres 1814, in denen landständische wie Reichsvertretung der Mediatisierten schon zu festen juristischen Posten gerieten¹⁷. Später war es damit vorbei. Die Mitte des Kongresses war auch eine Wasserscheide der Politik, der Institutionen.

¹⁵ Zitiert nach *Baxa*, Müller, 169.

¹⁶ *Wanderungen durch die Mark Brandenburg*, 2. Bd.: Das Oderland, Sämtliche Werke, Nymphenburger Ausgabe, Bd. X (München 1960) 203.

¹⁷ Vgl. *Johann Friedrich Hoff*, Die Mediatisiertenfrage in den Jahren 1813–1815 (Diss. phil. Freiburg/Br. 1913); *Gerhard Ritter*, Stein. Eine politische Biographie, Bd. 2 (Stuttgart, Berlin 1931) 219 ff.; *Ernst Rudolf Huber*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. I (Stuttgart 1957, Nachdrucke) 475 ff.; *Wolfgang Mager*, Das Problem der landständischen Verfassungen auf dem Wiener Kongreß 1814/15, in: *HZ* 217 (1973) 296–346; *Karl Otmar Frhr. v. Aretin*, Vom Deutschen Reich

Adel und Verfassung: Dies war im Jahrzehnt des Kongresses in seiner Substanz ein Kampf zwischen Mittelstaaten und Mediatisierten, wobei letztere durch Preußen, jene durch Metternich Unterstützung für ihre Bestrebungen fanden. Anfangs ging es um die Existenz, später ging es um Rechte. Erst in den zwanziger Jahren ist der Konflikt in verfassungskontrollierte Bahnen gelenkt worden. Am längsten, dazu mit viel symbolischem Beiwerk versehen, war der Verfassungskampf im Königreich Württemberg. Der Fall besaß zudem darin Besonderheit, daß städtische Oligarchie und Mediatisierte gemeinsam gegen den modernen Verfassungsstaat aufbegehrten.

Als die Mittelstaaten ihren Geburtshelfer und Protektor verloren hatten, suchten sie nach Garantien ihrer territorialen Integrität. Neben vertraglichen Zusicherungen war es das Institut Verfassung, das sie strategisch zu nutzen versuchten. Einesteils ganz allgemein, um heterogene Gebietsteile zu verklammern und schließlich zu vereinen. Zum andern, um den vormaligen Reichsherrschaften, die auf Restitution ihrer Rechte pochten, Kompensationen zu bieten; Kompensationen, die sich freilich in den Grenzen des Staatsverträglichen bewegen mußten. So fand sich schon im Sommer 1814 das Herzogtum Nassau, eines der gefährdeten Territorien, zur Konzession einer Verfassung bereit. Und am Ende des Jahres, in der Stillstandsphase des Kongresses, folgte Friedrich von Württemberg, das exemplarische Beispiel zeitgenössischen „Sultanismus“, im Vokabular des Karl Frhr. vom Stein zu reden.

Friedrichs Verfassung war atomistisch und zensusliberal, aber keine Fassadenkonstruktion nach Art des Rheinbundes¹⁸. Neben den Vertretern der Städte und Oberämter gab er den Häuptionern der 31 mediatisierten fürstlichen und gräflichen Familien Sitz und Stimme in der Kammer. Dazu 19 aus etwa 120 Familien ausgelesenen Angehörigen der Ritterschaft. Die Systemwidrigkeit des Virilstimmenprinzips offenbarte den Konzessionscharakter der Maßnahme.

Freilich war die Verfassungsinitiative von Anbeginn ein Spiel mit unbekannten Faktoren. Sie sollte, nehmen wir nur diese Seite in Augenschein, die Mediatisierten zu

Fortsetzung Fußnote von Seite 73

zum Deutschen Bund (Deutsche Geschichte 7, Göttingen 1980) 158 ff.; Kurt v. Raumer, Manfred Botzenhart, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Deutschland um 1800: Krise und Neugestaltung. Von 1789 bis 1815 (Brandt, Meyer, Just [Hrsg.], Handbuch der Deutschen Geschichte 3/Ia, Wiesbaden 1980) 577 ff.

¹⁸ Zum Folgenden Joachim Gerner, Vorgeschichte und Entstehung der württembergischen Verfassung im Spiegel der Quellen, 1815–1819 (Veröff. d. Komm. f. Gesch. Landeskunde in Baden-Württemberg, R. B. 114, Stuttgart 1989), die erste Gesamtdarstellung des Verfassungskampfes (im folgenden zitiert: Gerner, Verfassung); Günther Zollmann, Adelsrechte und Staatsorganisation im Königreich Württemberg 1806 bis 1817 (Diss. phil. Tübingen 1971), im folgenden zitiert: Zollmann, Adelsrechte; Albrecht List, Der Kampf ums gute alte Recht (1815–1819) nach seiner ideen- und parteigeschichtlichen Seite (Beitr. z. Parteiengeschichte 5, Tübingen 1913); Georg Grupp, Die Verfassungskämpfe 1815–1817 und der hohe Adel, insbesondere Fürst Ludwig von Oettingen-Wallerstein, in: Württ. Vjh. NF 27 (1918) 177–213; Rolf Grawert, Der württembergische Verfassungstreit 1815–1819, in: Christoph Jamme, Otto Pöggeler (Hrsg.), „O Fürstin der Heimath! glückliches Stutgard“. Politik, Kultur und Gesellschaft im deutschen Südwesten von 1800 (Stuttgart 1988) 126–58; ferner: Erwin Hölzle, Württemberg im Zeitalter Napoleons und der Deutschen Erhebung (Stuttgart, Berlin 1937) 186 ff.; Walter Grube, Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament (Stuttgart 1957) 489 ff.

Staatsmitgliedern disziplinieren und bot als Gegenleistung parlamentarische Mitwirkung an. Sie war der Versuch, den Adel verfassungsrechtlich zu binden und dadurch als politische Kraft zu schwächen. Sie war aber auch ein Bemühen, noch ausstehende Festlegungen des Bundes durch landesrechtliche Präjudizien zu unterlaufen. Denn weder war zu diesem Zeitpunkt über die staatsrechtliche Stellung der Mediatisierten entschieden noch über den Umfang ständisch-parlamentarischer Rechte das letzte Wort gesprochen. Friedrichs Plan war ein Akt vorbeugender Politik. Nicht anders waren die Beweggründe der Verfassungstifter in Baden und Bayern einige Jahre später. Die Furcht vor der altständischen, durch Bundesbeschluß befestigten Restauration ging um. Sie zu kalmieren, wurden Verfassungen aus liberal-bürokratischem Geist geschaffen.

In Württemberg trat freilich noch ein Weiteres hinzu. Der Adel fügte sich ein in die Front des altrechtlichen Protestes und zehrte von der Popularität, die diesem alienthalben entgegenschlug, wobei er den Umstand verbarg, ja fast verdrängte, daß er am historischen Gegenregiment der Landschaft zu keiner Zeit einen Anteil gehabt hatte. So dauerte das Versteckspiel von Fortschritt und Rückschritt in diesem Lande noch über jenen Zeitpunkt hinaus, da sich Konservatismus und Liberalismus – nicht zuletzt im Streit um den sibyllinischen Artikel 13 der Bundesakte – zu ideologischen Zentren von eigener Schwerkraft entwickelten. Zugleich aber begannen sich hoher und niederer Adel politisch voneinander zu entfernen – was immer sie weiter an Gemeinsamem verbinden mochte.

Die Affinität des Reichsadels zu den Angelegenheiten des Landes war, historisch bedingt, gering. 31 Mandate waren ihm zugesprochen, aber die meisten Besitzer schlugen ihr Privilegium aus. Nur vier überhaupt, und dies unter Rechtsvorbehalt, nahmen an den Sitzungen der Kammer bis zur Vertagung im Juli 1815 teil¹⁹. Im Herbst des Jahres, nun auf der Basis des Artikels 14 der Bundesakte, auch jene, die sich zuvor verweigert hatten. Manche Virilstimmenführer nahmen ihr Mandat auch danach nicht wahr oder ließen sich durch Mitstände vertreten. Immerhin besaßen sie ein wohlfeiles, in Deutschland beachtetes Forum, ihren Rechtsstandpunkt zur Geltung zu bringen. Denn dies war der erklärte Zweck ihrer Präsenz. Die Absicht bekundeten auch jene ganz unumwunden, die in der Kammer Funktionen übernahmen: Maximilian Fürst Waldburg-Zeil, der Wortführer der oberschwäbischen Standesherrn, und Friedrich Karl Graf v. Waldeck-Pyrmont²⁰.

Was die Mediatisierten zur Verteidigung ihres Standpunktes vortrugen, ist bekannt und daher schnell erzählt. Durch die Auflösung des Rheinbundes befanden sie sich wieder im Status quo ante, das heißt, die Verbindung zum Staate Württemberg sei gelöst. Waldeck kaprizierte sich sogar auf den Satz, das Limpurgische Haus habe die Abdankung des römischen Kaisers niemals anerkannt, und also kehre es nun, da das napoleonische Interregnum beendet, in den Rechtszustand, der zuvor gegolten habe,

¹⁹ Gerner, Verfassung, 72.

²⁰ Wilhelm Mößle, Fürst Maximilian Wunibald von Waldburg-Zeil-Trauchburg 1750–1818 (Veröff. d. Komm. f. gesch. Landeskunde in Baden-Württemberg, R B 40, Stuttgart 1968) 195 ff., im folgenden zitiert: Mößle, Zeil, dazu die in Anm. 18 genannte Literatur.

zurück²¹. Und Fürst Waldburg-Zeil wie auch Graf Schäsberg pflichteten ihm bei. Immerhin lag doch darin mehr als eine Ungereimtheit, daß die Standesherrn sich als Ständemitglieder eines Gemeinwesens aufführten, dessen Bürger zu sein, sie leugneten, ja mehr noch: mit Emphase weit von sich wiesen.

Es verwundert nicht, daß König Friedrich in solchen Aspirationen die Bereitschaft zum offenen Widerstand erblickte. Und dies um so mehr, als die Standesherrn in der Folge eine Interessenvereinigung gründeten, Waldburg-Zeil zum Vorsitzenden und den Grafen Waldeck zu ihrem Residenten in Frankfurt bestellten. Ziel der Unternehmung war die Bearbeitung des Bundestages, daß er den Standesherrn landesherrliche Selbständigkeit und Kuriatstimmen im Kollegium des Bundes verschaffe²². Der Parlamentarismus der Mediatisierten zeigte sich in der Tat von staatsprengender Qualität.

Im Gegensatz zu den Standesherrn zeigte sich der niedere, der ritterschaftliche Adel in der Kammer als Rechtswahrer der Institution, in der er wirkte. Auch er schloß sich vereinsmäßig zusammen, gab sich eine regionale Gliederung, wählte Vorsitzende und gründete eine Kasse. Auch er wollte der Aristokratie zu neuer politischer Schwerkraft im Staate verhelfen. Aber hier endeten die Gemeinsamkeiten des Zieles und des Weges. „... da die Stufenleiter der verschiedenen Stände im Staat“, so heißt es in einem Beschluß, „nicht ohne Gefahr durch eine undurchdringliche Hand getrennt wird, so haben die gehorsamst Unterzeichneten beschlossen, jedes unbescholtene Mitglied aus dem Mittelstande bey Erwerbung eines adeligen Guthes und Erhebung in den Adelstand mit Hinwegräumung jedes dem Zeitgeiste nicht mehr angemessenen Vorurtheiles in ihren Verein aufzunehmen. Dieser neue Beruf des Adels sichert seine eigene Existenz und der Staaten, daß er den ganzen Einfluß seines Standes gegen denjenigen anwendet, der die Alleinherrschaft an sich zu reißen und das Bestehende einzustürzen droht.“²³ Dies war neu, dies war die Vorstellung einer adelsbestimmten, aber bürgeroffenen sozialen Klasse: Adel und Teile der Bourgeoisie verbunden durch das Medium des agrarischen Besitzes. Eine württembergische Gentry sozusagen, seien wir mit den Parallelen nicht kleinlich. Der Gedanke selbst ist freilich Literatur geblieben, ja er ist im Praktischen schon daran gescheitert, daß die Mediatisierten auf der Ebenbürtigkeit beharrten, eine Festlegung der Bundesakte, die sie protokollarisch den Landesherrn gleichstellte.

Bemühungen, die Macht des Besitzes, des feudalen wie des bürgerlichen, in *einer* Kammer zu konzentrieren, fanden um 1815 kein günstiges Echo in der politischen Klasse. Mehr Erfolg verhiess dagegen die Konstruktion einer gesonderten Körperschaft für die Repräsentanz der Tradition – war sie als Reservat für den hohen Adel gedacht, war sie Abfindung für verlorengegangene Rechte. In den württembergischen Debatten war das Institut lebendig, seit Karl August Freiherr v. Wangenheim für den König die Verhandlungen dirigierte. Die Gedanken, welche er zur Politik machen wollte, finden sich auch in einer Schrift, die er verfaßte²⁴. Trennung in zwei Kam-

²¹ Zollmann, Adelsrechte, 157.

²² Ebd., 159 ff.; Mößle, Zeil, 225 ff.

²³ Zitiert nach Zollmann, Adelsrechte, 152.

²⁴ Über die Trennung der Volksvertretung in zwey Abtheilungen und über Landschaftliche Ausschüsse (Stuttgart 1816).

mern: Das hieß für Wangenheim Schaffung eines mechanischen Gleichgewichts. Der Monarch zeige die Tendenz, Alleinherrscher zu sein, das Volk neige zur Auflösung aller Herrschaft, tendiere zur Anarchie. Zwischen diesen Polen nun sollten die Stände die Balance besorgen. Die Wahlkammer als Moderator des demokratischen, die Adelskammer als Bändiger des monarchischen Elements. Verbanden sich in solchen Darlegungen aristotelische Lesefrüchte mit zeitgenössischen Erfahrungen, so steht doch außer Zweifel, daß das Modell Pate stand für die nachfolgend erlassenen Verfassungen.

Blicken wir von der Höhe der Verfassungstiftungen – 1818, 1819, 1820 – auf das Jahrzehnt zurück, so zeigt sich, daß die Ungemischtheit auf das Individuum radizierter Repräsentation den vorherrschenden Verhältnissen entgegenstand. Die ständischen, die neoständischen Elemente, welche die Konstrukteure ihren Produkten implantierten, waren jener Preis, den sie zahlten – oder doch zahlen zu müssen meinten –, daß die ständische Totalrestauration unterblieb. Die parlamentarische Disziplinierung des Adels, sie schien nicht zu haben, ohne daß man ihm als Stand Avancen machte. Freilich war das Prinzip in den Diskussionen der Zeit ohnedies à la mode. Den Verfassungsmachern kam zustatten, daß in Deutschland ein *Tiers état* fehlte, der den politischen Atomismus auch sozial beglaubigen konnte, daß das Bürgertum – oder doch große Teile von ihm – selbst neuständisch dachte. Ein Zufall ist dabei ganz sicher nicht, daß die Operation, den Adel neuständisch in parlamentarische Körperschaften einzubinden, nur dort gelang, wo das standesherrliche Element fehlte. In Sachsen etwa, das sich 1830 eine modellhaft neoständische Verfassung gab. An der württembergischen Ritterschaft, die ja in der zweiten Kammer logierte, an den Cottas, den Varnbülers, den Lindens, Hornsteins und Ows ließe sich ähnliches demonstrieren. Dagegen waren die Standesherrn sogleich in die Isolierung gedrängt, als man ihnen zu den privatrechtlichen Exemtionen, den fortdauernden Verwaltungs- und Gerichtsrechten auch noch das Exklusivinstitut einer eigenen Kammer gab. Eben dies hat die Einrichtung à la longue ruiniert.

III.

War in einem ersten Durchgang von den ideologischen Vorgefechten in der Adelsfrage die Rede, während es an den verfassungspolitischen Begleitbewegungen noch mangelte, so ging es in einem zweiten um die konstitutionelle Zähmung eines politisch revitalisierten Adelsinteresses. In einem dritten wäre zu prüfen, wie dieses zur Geltung kam, als die neuen Institutionen geschaffen waren. Auf den Begriff gebracht: Adelspolitik und konstitutionell-monarchische Verfassung. Der Definition folgend, bleiben jene Staaten außer Betracht, welche dem Konstitutionalismus noch nicht opfern mochten.

„Am 7ten des vorigen Monats habe ich in einer der wichtigsten Debatten im Parlament, deren man sich erinnert, mit beygewohnt. Es wurde nemlich an dem Tage dem Oberhauß die Adresse an den König von dem Unterhauß übergeben, worin sie ihn bitten kräftige Mittel gegen die Amerikaner zu gebrauchen und ihm zugleich Beystand mit Gut und Blut zu versprechen.“ So schrieb am 6. März 1775 Georg Chri-

stoph Lichtenberg an Christian Gottlob Heyne, seinen geschätzten Göttinger Kollegen, aus London. Und er fuhr fort: „Ich habe vieles von dem, was sie gesagt haben, aufgezeichnet, es würde mich aber zu weit führen, wenn ich auch nur wenig davon gehörig erzählen wollte. Sie folgten einander Punckt für Punckt, Citirten aus dem Kopf Parlaments Acten, Nahmen und Seitenzahlen, brauchten alle Macht, die ihnen ausser bestgewählten Gründen, Stimme und Anstand, Ründe der Perioden und Witz, selbst den bittersten nicht ausgenommen, gewähren konnte, so daß einen solchen Disput über einen erdichteten Fall, in einem Hörsaal und zwischen Professoren anzuhören schon kein geringes Vergnügen gewesen seyn würde.“²⁵

Es ist nicht bekannt, daß Zeitgenossen aus deutschen Adelskammern von solchen Eindrücken berichtet hätten. Das Unvergleichliche der beiden Institutionen tritt indes nicht nur hierin hervor. Es ist allenthalben greifbar: in den Größenverhältnissen, in der Bedeutung, in der Tradition der Einrichtung. In dieser zunächst und vor allem. Denn die ersten Kammern des Vormärz waren nicht Produkte des Herkommens, sondern Kunstschöpfungen der Politik. Es war ja eben nicht der landständische Adel, der in ihnen eine Stätte fand, jener Adel, der im dualistischen Ständestaat als antipodische Kraft der Verwaltung gewirkt, der den Typus der kontrollierenden Körperschaft, der die Grundform des Parlaments geschaffen hatte. Ganz anders: Es waren die halb- oder viertel-souveränen Kleinherrschaften des alten Reiches, ihrer Selbständigkeit bewußte, wiewohl in ihren staatlichen Mitteln den Territorialherren unterlegene Obrigkeiten über Land und Leute. Sie waren es, die nun in die Rolle parlamentarischer Kontrolleure einrückten. Ihr Ziel war nicht Mitgesetzgebung und Finanzkontrolle, sondern Rehabilitation und Restitution vormaliger Rechte. So sie die Möglichkeiten der Einrichtung überhaupt zu nutzen erstrebten, geschah dies ganz instrumentell, subsidiär zum Klageweg, der direkt zum Frankfurter Bundestag führte²⁶.

Waren die ersten Kammern traditionslos in einer Zeit, in welcher die Tradition ein Reservat des Adels darstellte, so fügten sie sich ein in jene Deutung des Konstitutionalismus, welche diesen als Geschöpf der Administrationen betrachtet. Sie waren nur bedingt Elemente des Alten, die in das Neue hineinragten. Sie bieten Stütze für jene These, daß sich der Verfassungsstaat in Deutschland aus dem Binnenraum des bürokratischen Absolutismus entwickelt hat.

²⁵ Hans Ludwig Gumbert (Hrsg.), Lichtenberg in England. Dokumente einer Begegnung (Wiesbaden 1977) Bd. I, Briefe XIV, 298.

²⁶ Eine vergleichende Darstellung der standesherrlichen Kammern in Deutschland fehlt, wie es auch an einer übergreifenden Parlamentsgeschichte mangelt. Einen Überblick bietet Heinz Gollwitzer in seiner Studie „Die Standesherrn“ (Göttingen 1964) 97 ff. (im folgenden zitiert: Gollwitzer, Standesherrn). Monographisch untersucht ist nur die bayerische Kammer der Reichsräte (Hubert Ostadal, Die Kammer der Reichsräte in Bayern von 1819 bis 1848, Miscellanea Bavarica Monacensia 12, München 1968, im folgenden zitiert: Ostadal, Kammer der Reichsräte). Für Baden (Christine Zeile, Baden im Vormärz. Die Politik der Ständeversammlung sowie der Regierung zur Adelsfrage, Grundentlastung und Judenemanzipation 1818 bis 1843, München o.J., im folgenden zitiert: Zeile, Baden), Württemberg (Hartwig Brandt, Württembergischer Parlamentarismus 1819–1870. Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987, im folgenden zitiert: Brandt, Parlamentarismus) und Hessen-Darmstadt (Siegfried Büttner, Die Anfänge des Parlamentarismus in Hessen-Darmstadt und das du Thilsche System, Darmstadt 1969) sind neuere Arbeiten zur Geschichte der jeweiligen Landtage zur Hand.

Wie der Hinweis, das konstitutionelle System sei nach dem Schnittmuster der französischen Charte geschneidert, wenig erhellt – der konservative Chateaubriand forderte in der Deputiertenkammer die parlamentarische Regierung –, so war auch die Verwandtschaft von englischem Oberhaus und deutschen Adelskammern eher rhetorisch als praktisch. Denn diese waren geschaffen, um Souveränitätsambitionen auf innerstaatliche Beschäftigung umzulenken, ein Ressentiment aufzulösen, welches den Administrationen entgegenschlug. Es ist keine Frage, daß solche Pläne, aufs Ganze gesehen, mißlingen. Es war der Charakter des Abfindungsinstituts, der die adlige Indolenz schürte und vorherrschende Aversionen auch späterhin erst allmählich zur Ruhe brachte.

In den ersten Kammern waren hoher und niederer Adel nicht allein vertreten, aber sie bildeten in ihnen die stärksten Kontingente. Wobei niederer Adel und vormalige Reichsritterschaft in jenen Staaten die Mehrheit der Sitze innehatten – in Sachsen etwa, in Hannover –, die standesherrliche Besitzungen nicht kannten. In Bayern stellten die hohen Erbstände 1827/28 31,3% der Mandate, in Württemberg (1820) 66, im Großherzogtum Hessen 50%. Nur in Baden (1819) hielten sich Standesherren und niederer Adel (30 bzw. 26,7%) die Waage²⁷.

Indessen geben solche Anteile nur sehr begrenzt ein Bild der Institution, wie diese sich darbot, und der Bedeutung, die sie sich verschaffte. Ziehen wir mit Präsenz und Aktivität andere Indikatoren zu Rate. In Darmstadt waren 1835/36 von 17 Standesherren 7 (= 38,9%) auf dem Landtag erschienen, in Bayern 1819 zur Eröffnungssession 8 von 15²⁸. Der Durchschnittsbesuch lag bis 1848 bei 40%²⁹. In Baden fanden sich, gleichfalls 1819, drei von neun stimmberechtigten Standesherren im Plenum ein, unter ihnen Karl Egon Fürstenberg und Karl v. Leiningen; 1847 war es einer von acht, der als Mitglied der Kammer übriggeblieben war³⁰. In Württemberg vermochte sich die I. Kammer auf drei Landtagen (1821, 1823/24, 1828) überhaupt nicht zu konstituieren, und auch sonst bewegte sie sich, wiewohl sie das Institut der Stimmübertragung nutzen konnte, fortwährend am Rande der Nicht-Existenz. In den Schlüsseljahren 1833 und 1836 brachte die Kammer jeweils nur eine Stimme mehr auf die Waage, als die Vorschriften verlangten. Daß die Ablösungsgesetze ohne Zutun der Standesherren verhandelt wurden: Es lag im Bereich des Möglichen. Selten waren es mehr als 20 Ständevertreter, die den Verhandlungen beiwohnten. Die Präsenzquote der Mediatisierten, welche auf das Quorum drückte, lag zumeist unter 50%³¹.

Die Indolenz der Virilstimmeninhaber fand ihre Entsprechung in der Abschirmung gegen alles öffentliche Interesse. Keine Kammer war bereit, Publikum und Presse Einlaß zu gewähren. Die schriftliche Niederlegung der Debatten war summarisch und unvollkommen, meist auf wenige Bemerkungen und ein Protokoll der Beschlüsse be-

²⁷ Angaben nach *Peter Michael Ehrle*, Volksvertretung im Vormärz. Studien zur Zusammensetzung, Wahl und Funktion der deutschen Landtage im Spannungsfeld zwischen monarchischem Prinzip und ständischer Repräsentation (Frankfurt am Main, Bern 1979) Anhang, im folgenden zitiert: *Ehrle*, Volksvertretung.

²⁸ Ebd.

²⁹ *Ostadal*, Kammer der Reichsräte, 41.

³⁰ *Ehrle*, Volksvertretung, Anhang; *Zeile*, Baden, 70.

³¹ *Brandt*, Parlamentarismus, 200 f.

schränkt. In Württemberg ging die Kammer 1842, der Übung der Abgeordneten folgend, zur schnell schriftlichen Aufnahme ihrer Verhandlungen über³². Insgesamt jedoch folgte die Institution dem Börnischen Aperçu: „Daß die Freiheit nicht frei im Lande herumlaufe, hat man sie in eine Kammer gesperrt.“³³

Dem Abfindungskalkül, welches die ersten Kammern ins Leben rief, entsprach, daß sie den Wahlkammern in ihren Rechten nachgeordnet waren. Dies galt namentlich für die Mitbestimmung über Haushalt und Steuern, jene Kompetenzen also, die den Rang des alteuropäischen Parlamentarismus begründet hatten, ohne die der Ständestaat, der Steuerstaat des 16. Jahrhunderts zumal, ein bloßes Gespinnst des Gedankens geblieben wäre. Sehen wir von Bayern ab, wo es keinen Unterschied der Rechte gab, so war den ersten Kammern ein Finanzbeschlußrecht im Detail verwehrt. Sie konnten die Beschlüsse der Abgeordneten annehmen oder verwerfen. In diesem Fall traten die Häuser zu gemeinsamer Sitzung zusammen und entschieden nach Mehrheit der Stimmen (Hessen), oder die Voten der Kammern wurden in abstracto addiert (Baden, Württemberg). Freilich waren dies Vorkehrungen für Fälle, die in der Praxis nur selten vorgekommen sind. Auch in dieser Hinsicht tritt das Konstruktive, das Künstliche der Institution zutage. Die Geschichte des Ständewesens zeigt sich in ihr als späte Imitation, als Surrogat des Altständischen, das man zu reaktivieren doch vorgab.

Die Geschichte der ersten Kammern war nicht die Geschichte der Standesherrn allein, die in ihnen Sitz und Stimme besaßen. Aber ihr Verhalten prägte die Institution, sei es, daß sie zu einer Ruine des Protestes, sei es, daß sie zu einer Filiale der Verwaltung geriet. Man kann daher nicht sagen, daß die Mediatisierten unter dem Mangel an Kompetenzen, die ihnen gegeben waren, gelitten hätten. Es war eher der Zwiespalt, daß sie von der Verfassung bestellte Gesetzgeber waren und doch der Gesetzgebung mißtrauten, ja ihr die Legitimation bestritten. Vor allem, wenn es ihre eigenen Angelegenheiten waren, die vor den Ständen verhandelt wurden. „Gegen das Recht der gesetzgebenden Gewalt steht das eherner Gesetz des Besitzes! Die gesetzgebende Gewalt artet in ein einigermaßen legalisiertes Faustrecht aus, wo der auf Kosten der einzelnen Stände erzwungene Beifall des großen Haufens das alleinige höchste Recht im Staate bildet.“ In solchen Sätzen, die wir einem Brief des Fürsten Löwenstein an den Großherzog Leopold von Baden entnehmen (18.11.31), zeigt sich die ganze Fremdheit von Mandatsinhabern gegenüber der Institution, in der sie wirkten³⁴.

Das Selbstverständnis von Souveränen, und mochte diese Souveränität von der schäbigsten Art gewesen sein und nur noch im Gedächtnis der Nachfahren fortleben, geriet in Konflikt mit der Rolle von Abgeordneten, und mochten diese auch Inhaber von Virilstimmen sein. „Gegen die Gewalttätigkeit der Gesetzgebung gibt es keine Mittel, und es ist das Fürchterlichste, die Tyrannei der Gesetze doppelt furchtbar, weil ein solcher Akt noch den Anstrich der Rechtmäßigkeit hat.“ So ein anderes Bekenntnis, diesmal im Plenum der badischen ersten Kammer gesprochen³⁵.

³² Ebd., 228.

³³ Briefe aus Paris 1830–1833, in: Gesammelte Schriften, neue vollständige Ausgabe, Bd. XII (Frankfurt am Main, Hamburg, 1862) 133.

³⁴ Zeile, Baden, 102f.

³⁵ Ebd., 108.

So liegt ein wichtiges Motiv standesherrlich parlamentarischen Desinteresses zutage. Andere Beweggründe – „gesellschaftliche“ Kosten des Mandats, mehrfache Mitgliedschaften in deutschen Kammern – treten dagegen zurück. Gollwitzer hat sie im einzelnen beschrieben³⁶. Die Folgen des Ressentiments haben sich in der parlamentarischen Praxis vielfältig niedergeschlagen. Erinnern wir daran, daß die Regelung der Adelsverhältnisse eben nicht im Wege allgemeiner Gesetzgebung geschah, sondern durch Verträge, die dem Einzelfall Rechtsgültigkeit verschafften. Im Hintergrund stand bei alledem der Deutsche Bund, der solche Tendenzen stützte, der zunächst weitgefaßte Sonderrechte kodifiziert hatte und, als die Betroffenen ihrer landesrechtlich prekär gewordenen Rechte halber klagten, sie über Jahre in einem rechtlichen Schwebezustand beließ. Solange aber parlamentarische Mitwirkung einen Rechtszustand befestigte, den man gegenüber der Verwaltung und vor Gericht in Zweifel zog, konnte es schwerlich einen Ausgleich der Institutionen geben. Löwenstein pflegte in der badischen Kammer bei allen Gesetzen, die seinen Besitzstand betrafen, Rechtsverwahrung einzulegen. So sind nicht alle Standesherrn verfahren, aber der Vorbehalt war Spiegel ihrer Bewußtseinslage.

Freilich tritt uns der Vormärz auch in diesem Fall nicht als Epoche von konstanten Verhältnissen entgegen. Vor 1830 gab es Beispiele eines systemloyalen, aber regierungskritischen Verhaltens der standesherrlichen Kammern, danach wechselten Indolenz gegenüber der Institution mit Unterstützung der Politik der Regierungen. So bildete die standesherrliche Politik eine Komplementärfigur zu jener der zweiten Kammern. Waren diese in den zwanziger Jahren eher Beratungsinstanzen denn Kontrolleure der Administrationen, so fügten sich die ersten Kammern nach 1830 in diese Rolle. Während die Abgeordneten, da das Politische öffentlich und parteiisch wurde, zu oppositionellen Gegenzentren der Regierungen wurden und damit die Verfassungen erst praktisch machten, glichen die ersten Kammern nun eher Staatsräten, beherrscht von Beamten und Ministern.

Preußen wollte die Bürokratie konstitutionalisieren, die Mittelstaaten wollten die Stände bürokratisieren: Dies ist die Konstellation von 1818/20. Vermerken wir die Ironie, daß es die Frondeure von 1815 waren, die Gepanzerten gegen den Verfassungsstaat, die in den dreißiger Jahren und danach zu Stützen eines monarchisch-konstitutionellen Regiments gerieten.

³⁶ Standesherrn, 100.